

Bündnis 90 / Die Grünen

Fraktion im Rat der Stadt Meerbusch

Geschäftsstelle
Meerbuscher Straße 41
40670 Meerbusch
Tel: 02159 / 51368
Fax: 02159 / 528143

e-mail: buero@gruene-meerbusch.de

Bündnis 90 / Die Grünen, Meerbuscher Straße 41, 40670 Meerbusch

**Herrn Bürgermeister
Dieter Spindler
Stadt Meerbusch
- Ratsbüro -
40667 Meerbusch-Büderich**

<http://www.gruene-meerbusch.de>

Meerbusch, 22. März 2009

Haupt- und Finanzausschuss am 7. Mai 2009

Rückholantrag

Feuerwehrgerätehaus Langst

Sehr geehrter Herr Spindler,
zur oben genannten Ausschusssitzung bitten wir um erneute Beratung zum Top
Feuerwehrgerätehaus Langst.

Der Ausschuss möge beschließen, den Beschluss der Sitzung vom 12. März 2009 zu revidieren und die kostengünstigere Variante 3 als Planungsgrundlage für das Feuerwehrgerätehaus beschließen.

Gründe:

Der Beschluss des Ausschusses vom 12.3.2009 ist weder sachlich noch haushaltspolitisch begründbar.

Er widerspricht haushaltsrechtlichen Grundsätzen (sparsame Mittelverwendung), dem Meerbuscher Klimakonzept, dem Anspruch nachhaltiger Wirtschaftlichkeit und er ist ungerecht in Bezug auf andere wichtige Erfordernisse. Die Entscheidung ist deshalb völlig unvernünftig, schadet der Stadt Meerbusch und ist unbedingt an die komplexen Erfordernisse anzupassen.

Es ist nicht nachzuvollziehen, dass ein diffuser Auftrag an die Verwaltung erteilt wird, der zwar die Variante 2 des Beschlussvorschlages der Verwaltung aus der Sitzung vom 12.3.2009

vorsieht, das jedoch mit dem Hinweis koppelt, es soll anders und billiger sein. Das ist keine Planungsgrundlage.

Dabei hat es die CDU-Ausschussmehrheit anscheinend nicht für nötig erachtet die Gesamtproblematik umfassend abzuwägen und sich ausführlich mit den Fakten, den bautechnischen Problemen, dem Investitionsvolumen, dem unklaren Nutzungsrahmen und den langfristigen Folgekosten auseinander zu setzen. Zudem wurde von der CDU behauptet, dass ihrem nebulösem Beschlussvorschlag eine Entscheidung der Langster Bevölkerung für den Erhalt des maroden Gebäudes zugrunde liegt. Diese Bewertung stellt sich entsprechend der Presseberichte als unwahr heraus. Wir halten es zudem für höchst fragwürdig, derartige Versammlungen mit einseitigen Informationen durch die CDU zu organisieren, um dieses als politische Entscheidungsgrundlage zu benutzen. Wir stellen hier die Frage, ob die Verwaltung die Möglichkeit hatte, ausführlich die Problemlage und die Hintergründe in der Bürgerschaft zu erläutern?

Wir halten die Neubewertung des Beschlusses für notwendig, weil dieser auf einer überwiegend emotionalen und interessengesteuerten Bewertung zustande gekommen ist. Der Rat und die Steuergroschen der Bevölkerung sind nicht die richtigen Instrumente um romantische Jugenderinnerungen von Kommunalpolitikern zu konservieren. Von einer Denkmalwürdigkeit des Gebäudes ging bisher nicht einmal die CDU aus.

Die vielen empörten Leserbriefe und Reaktion der Meerbuscher Bevölkerung bestätigen unsere Auffassung. Wir können auch dem Schreiben unseres Stadtbrandmeisters Derks nur zustimmen, der kritisch hinterfragt, wieso kleine Haushaltsbeträge (hier für die Feuerwehr) umfassend begründet werden müssen, überflüssige Mehrausgaben von ca. 250.000 € für ein marodes Gebäude jedoch kein Problem darstellen. Würden wir dem ursprünglichen Vorschlag der Verwaltung vom Grundsatz folgen, Variante 1, würden wir gar 600.000 € sparen. Dies würden die Grünen begrüßen.

Was spricht weiter dagegen, Geld an der falschen Stelle auszugeben:

Es gibt einen großen Bedarf in Schulen zu investieren – und zwar in richtige Schulen, in denen täglich viele Tausend Kinder unterrichtet werden. Teilweise sind Toiletten in einem solch unwürdigen Zustand, dass sich Kinder ekeln diese zu nutzen und den Tag mit Bauchweh durchstehen. Teilweise stolpern Kinder über Schultaschen, weil die Räumlichkeiten beengt sind. Im Ganztagsbetrieb müssen Kinder in Etappen essen, weil kein Platz ist. Es sind Fenster marode und Möbel veraltet.

Einen vergleichbaren Investitionsbedarf gibt es in diversen in anderen Bereichen. Wir verschleudern z.B. immer noch Energiekosten, benötigen Kinderbetreuungsplätze (u3) und müssten die Rahmenbedingungen für Senioren und behinderte Menschen verbessern.

In Schulen und Kindertageseinrichtungen müssen Kinder dem Essen fern bleiben, weil sich manche Eltern diesen selbst geringen Betrag nicht leisten können.

Kinder quetschen sich auf dem Schulweg in überfüllte Busse und sind damit schon gestresst

bevor der Unterricht überhaupt erst losgeht.

Mit der CDU-Fehlausgabe könnten, grob geschätzt,

- 5 Jahre lang Schulsozialarbeit
- 6 Jahre lang 75 Kinder in der offenen Ganztagschule,
- 10 Jahre lang eine Springerkraft in Kindertageseinrichtungen,
- 25 Jahre lang Jugendkulturprojekte (Beispiel Rock am Turm)
- und vieles andere finanziert werden.

Dabei dürften für die jetzige Planung große Diskrepanzen der Kosten-Nutzen-Relation bestehen, da größere Räumlichkeiten überwiegend leer sein werden.

Das sind die Grundlagen mit denen eine Entscheidung für Prestigeobjekte oder einseitige Kulturförderung abgewogen werden müssen!

Die Entscheidung im letzten Haupt- und Finanzausschuss zur Langster Schule (um das Feuerwehrgerätehaus ging es bedauerlicher Weise gar nicht mehr) hat in unserer Fraktion erhebliches Befremden hinterlassen.

Es blieb von Seiten unserer Verwaltungsspitze, Herrn Bürgermeister Spindler und unserem neuen technischen Dezernenten, Herr Dr. Gerard leider unwidersprochen, dass Herr Radmacher das bautechnische Gutachten der Verwaltung zur Alten Schule als „kaputtgerechnet“ und damit manipuliert bezeichnen durfte. Ebenso wurden die ermittelten Kosten für das Gebäude (Variante 2 – warum nur hierfür?) in Zweifel gezogen. Welchem fachlichen Profil von Herrn Radmacher liegen solche Einschätzungen zugrunde? Warum reagierte die Verwaltungsspitze nicht darauf?

Zusätzlich haben sich Herr Dr. Gerard und unser Bürgermeister nicht deutlich für Ihren eigenen Vorschlag, die Variante 3, positioniert und damit die schlüssigen Ausführungen unseres Fachbereichsleiter Herrn Klein nicht klar unterstützt, was wir bedauerlich und irritierend fanden. Schließlich hat sich unser Bürgermeister (der BM aller und nicht der CDU) durch die CDU zu einer Enthaltung nötigen lassen und damit gegen seine eigene Vorlage und wider besseres Wissen entschieden. Mit der Stimme des Bürgermeisters für seinen eigenen Beschlussvorschlag wäre die Entscheidung anders ausgegangen.

Dieser Beschluss entspricht nicht den Bedürfnissen und Interessen der Meerbuscher Bevölkerung und muss deshalb aufgehoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Peters